

Substanzielles Protokoll 78. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 20. Dezember 2023, 14.00 Uhr bis 16.26 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Substanzielles Protokoll: Lea Schubarth

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Patrik Brunner (FDP), Dr. Roland Hohmann (Grüne),
Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Barbara Wiesmann (SP), Martina Zürcher (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2023/522 | Eintritt von Markus Merki (GLP) nach Rücktritt von Patrick Hässig (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 | |
| 3. | 2023/558 * | Weisung vom 06.12.2023:
Immobilien Stadt Zürich, Thurgauerstrasse, Teilgebiet A, Projektierungskredit, Eventualverpflichtung, Bericht und Abschreibung eines Postulats, Bericht und Abschreibung einer Motion | VGU
VHB |
| 4. | 2023/559 * | Weisung vom 06.12.2023:
Motion von Julia Hofstetter, Brigitte Fürer und 1 Mitunterzeichnenden betreffend Pilotprojekt für ein «Zirkuläres Bauen» bei städtischen Gebäuden, Bericht und Abschreibung | VHB |
| 5. | 2023/560 * | Weisung vom 06.12.2023:
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Sporthalle Utogrund», Zürich-Albisrieden, Kreis 9, Aufhebung | VHB |
| 6. | 2023/579 * | Weisung vom 13.12.2023:
Postulat von Dr. David Garcia Nuñez und Andreas Kirstein betreffend Bericht über die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf die damaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich, Bericht und Abschreibung | STP |

- | | | | |
|----|----------|--|-----|
| 7. | 2023/430 | Weisung vom 13.09.2023:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2024 | STR |
| 8. | 2023/433 | Weisung vom 13.09.2023:
Finanzdepartement, Selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten, Budgets 2024, Sammelvorlage | STR |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betreffend Polizeieinsatz am 1. Mai 2011 in der Stadt Zürich Stellung.

STR Karin Rykart: *Gestern wurde ein Urteil vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) veröffentlicht. Dabei handelt es sich um einen Fall der Kantonspolizei Zürich und auch die Stadtpolizei Zürich ist betroffen. Sofort wurden Forderungen an die Polizei gestellt. Der EGMR hat einen Polizeieinsatz vom 1. Mai 2011 kritisiert. Nach allen grossen Einsätzen führt die Stadtpolizei eine Nachbearbeitung und Evaluation durch. Durch die Nachbearbeitung wurden aus dem Vorfall bereits damals Lehren gezogen. Die Polizeiarbeit hat sich seither dementsprechend verändert. Ein Vorgehen wie im Jahr 2011, wo die Kantons- und Stadtpolizei nach dem Einkesseln der Demonstration mehrere hundert Leute festnahm, auf die Wache brachte und stundenlang Personenkontrollen durchführte, gibt es schon lange nicht mehr. Auch Einkesseln ohne Begleitkommunikation wird nicht mehr gemacht. Heutzutage wird taktisch kommuniziert und Personen im Kessel wird erklärt, was als nächstes geschieht und wie sie möglichst schnell wieder freikommen können. Grundsätzlich unternimmt die Stadtpolizei bei Einsätzen, an denen es zu grossflächigen Personenkontrollen kommt, alles, um Einschränkungen so gering und kurz wie möglich zu halten. Personenkontrollen und Wegweisungen geschehen in der Regel vor Ort. Nur Personen, die unter Anfangsverdacht stehen, eine Straftat begangen zu haben, oder bei denen ein anderer Grund für polizeilichen Gewahrsam vorliegt, werden festgenommen. Die vom EGMR kritisierte Praxis ist längst Geschichte. Forderungen für Veränderungen am Verhalten der Polizei sind demnach unnötig. Wir akzeptieren das Urteil des Gerichts selbstverständlich. Es war falsch, die Betroffenen so lange festzuhalten. Ich entschuldige mich, auch im Namen der Stadtpolizei, bei den Betroffenen. Es werden bestimmt Voten folgen, die darauf bestehen, das Urteil als Beweis dafür zu nehmen, dass der Kessel als Ganzes abgeschafft werden müsse. Dieser ist ein seltenes, aber manchmal notwendiges Instrument. Das Urteil ist nicht gegen den Kessel an sich gerichtet, sondern gegen die lange Dauer des Freiheitsentzugs und die Mitnahme auf den Polizeiposten.*

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2653. 2023/594

**Erklärung der AL-Fraktion vom 20.12.2023:
Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betreffend Polizei-
einsatz am 1. Mai 2011 in der Stadt Zürich**

Namens der AL-Fraktion verliest Moritz Bögli (AL) folgende Fraktionserklärung:

Konsequenzen ziehen – keine illegale Repression mehr in Zürich

Vor fast 13 Jahren war ein 1. Mai wie wir ihn nur zu gut kennen: Mehrere hundert Personen wurden rund um eine unbewilligte Demonstration am Nachmittag durch die Stadtpolizei am Helvetiaplatz und dem Kanzleiareal präventiv eingekesselt, verhaftet und weggewiesen. Solche Polizeieinsätze sind in der Stadt Zürich nicht nur gängige Praxis, um nicht bewilligte Demonstrationen im Keim zu ersticken, politisch wurden sie bisher auch seitens des Stadtrats wiederholt verteidigt und als «verhältnismässig» eingestuft. Gegen diese Vorgehensweise wehrten sich einige Betroffene der Einkesselung vom 1. Mai 2011. Gestern hat ihnen nun der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte recht gegeben.

Die Stadtpolizei Zürich hat mit der präventiven Einkesselung und den anschliessenden Verhaftungen Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt. Dies bedeutet, dass diese polizeiliche Praxis und die anschliessende Verhaftung einen unzulässigen Freiheitsentzug - und nicht wie bisher vom Stadtrat behauptet "eine Personenkontrolle" - darstellen. Mit diesem Urteil steht somit fest, dass in unserer Stadt staatliche Organe Grundrechte ihrer Bewohner:innen verletzt haben. Fehler kommen auch im besten aller Rechtsstaaten vor. Wenn man aber Fehler begeht, muss man aber auch für diese geradestehen und das hätten wir auch vom Stadtrat erwartet. Dass es zur Richtigstellung einen Entscheid des EGMR benötigt, ist für uns beschämend.

Die Alternative Liste begrüsst dieses Urteil, denn es zeigt deutlich, dass die langjährige Praxis von Einkesselungen und Festhaltungen seitens der Stadtpolizei nicht grundrechtskonform ist und in einem Rechtsstaat mit Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit nichts zu suchen hat. In multiplen schriftlichen Anfragen, Erklärungen und Vorstössen hat die AL seit Jahren darauf hingewiesen und eine entsprechende Praxisänderung gefordert. Genau das ist aber bisher nicht passiert: Die Stadtpolizei hat diese problematische Praxis bis heute weitergeführt. Auch dieses Jahr verlief der Polizeieinsatz am 1. Mai ähnlich wie jener von 2011. Wie damals wurden auf dem Kanzleiareal hunderte Menschen präventiv eingekesselt, festgehalten und teilweise festgenommen.

Für die AL ist klar: Diese Praxis muss aufhören. Sie stellt eine Verletzung essentieller Menschenrechte und eine nicht gerechtfertigte staatliche Repression der Versammlungsfreiheit dar. Wir erwarten von der Stadtpolizei, dass sie sich zukünftig in ihren Einsätzen an die Bundesverfassung und die Europäische Menschenrechtskonvention hält und zwar unabhängig davon, ob eine Demonstration bewilligt wurde oder nicht. Der Stadtrat muss die Vorgehensweise der Stadtpolizei dementsprechend anpassen. Dieser Prozess muss nicht nur unmittelbar beginnen, sondern auch für die Bevölkerung transparent durchgeführt werden. Wir erwarten, dass der Stadtrat die entsprechenden Dienstanweisungen öffentlich zugänglich macht, sodass auch die Bevölkerung die Gewissheit hat, dass die Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Zürich gewährleistet ist.

Persönliche Erklärung:

Moritz Bögli (AL) hält eine persönliche Erklärung zum Publikationszeitpunkt der Medienmitteilung der Stadt Zürich zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betreffend Polizeieinsatz am 1. Mai 2011 in der Stadt Zürich.

2654. 2023/595

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 20.12.2023:
Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betreffend Polizei-
einsatz am 1. Mai 2011 in der Stadt Zürich**

Namens der SVP-Fraktion verliest Samuel Balsiger (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Vom Skandal-Urteil der fremden Richter sich nicht beirren lassen:
Mit Einkesselungen auch zukünftig linksextreme Gewalt verhindern

Die linksextreme Gewalt in der Stadt Zürich eskaliert seit vielen Jahren. Gewalt dominiert auch immer wieder den 1. Mai-Umzug. 2011 erstickte die Polizei mit der Einkesselung von Personen die politisch motivierte Gewalt im Keim. Dafür wurde sie nun vom Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gerügt. Dieses Urteil der fremden Richter ist ein Skandal, greift unberechtigt in innerstaatliche Angelegenheit ein und verdreht Opfer und Täter. Einkesselungen müssen auch zukünftig angewendet werden, um die linksextremen Gewaltchaoten im Zaun zu halten.

Linksextreme nehmen sich regelmässig mit äusserster Gewalt die Strasse. Sie verwüsten ganze Strassenzüge und nehmen dabei auch Schwerverletzte in Kauf. Der linksextreme Mob ging in der Vergangenheit unter anderem mit Eisenstangen, Steinen und Molotowcocktails auf Menschen los. Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart sagte vor einigen Monaten, dass die linksextreme Gewalt eine «neue Dimension» angenommen habe. Die Sachschäden sind jeweils enorm und müssen meistens von den Opfern selbst getragen werden. Polizisten werden bespuckt, bedroht und angegriffen.

Es ist richtig, dass die Polizei die Personen, die offensichtlich eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen, einkesseln und so die linksextreme Gewalt im Keim erstickt. Dass die fremden Richter in Strassburg diese Praxis rügen, ist selbst für die Minderheit der Richter nicht nachvollziehbar. Im Gerichtsurteil steht:

- «Einkesselung ist kein Freiheitsentzug»
- «Im Austin-Urteil entschied der Gerichtshof, dass die Einkesselung unter ähnlichen Umständen den Artikel 5 der Menschenrechtskonvention nicht in Frage stellt»
- «Ein internationales Gericht ist zu weit von den Tatsachen entfernt, verfügt nicht über die geeigneten Mittel und im vorliegenden Fall ist die Tatsachengrundlage einfach nicht ausreichend, um gegen die innerstaatlichen Gerichte der Schweiz vorzugehen»

Der Gerichtshof entschied in zwei ähnlichen Fällen komplett unterschiedlich und somit ist das aktuelle Urteil widersprüchlich. Das Urteil dieser fremden Richter ist aus zwei weiteren Gründen ein Skandal:

Erstens: es hebelt unsere Demokratie aus. Eine elitäre Gruppe in Strassburg will unberechtigterweise bestimmen, wie wir in der Stadt Zürich Politik machen sollen. Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart ist vom Volk gewählt. Sie bestimmt in Absprache mit der Polizei, welche Taktik richtig ist.

Zweitens: Das Skandal-Urteil verdreht Täter und Opfer. Täter, das sind die Linksextremen, die regelmässig Menschen angreifen und ganze Strassenzüge verwüsten.

Frau Karin Rykart, lassen Sie sich als Sicherheitsvorsteherin vom Skandal-Urteil aus Strassburg nicht beirren und lassen Sie die Polizei weiterhin das Instrument der Einkesselungen nutzen. Der Schutz von Leib und Leben sowie vom Eigentum steht im Vordergrund.

Persönliche Erklärungen:

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betreffend Polizeieinsatz am 1. Mai 2011 in der Stadt Zürich.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betreffend Polizeieinsatz am 1. Mai 2011 in der Stadt Zürich.

Sven Sobernheim (GLP) hält eine persönliche Erklärung zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betreffend Polizeieinsatz am 1. Mai 2011 in der Stadt Zürich.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betreffend Polizeieinsatz am 1. Mai 2011 in der Stadt Zürich.

G e s c h ä f t e

2655. 2023/522
Eintritt von Markus Merki (GLP) nach Rücktritt von Patrick Hässig (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 29. November 2023 anstelle von Patrick Hässig (GLP 11) mit Wirkung ab 15. Dezember 2023 für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 als gewählt erklärt:

Markus Merki (GLP 11), 1977, Chefbauleiter

2656. 2023/558
Weisung vom 06.12.2023:
Immobilien Stadt Zürich, Thurgauerstrasse, Teilgebiet A, Projektierungskredit, Eventualverpflichtung, Bericht und Abschreibung eines Postulats, Bericht und Abschreibung einer Motion

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 18. Dezember 2023

2657. 2023/559
Weisung vom 06.12.2023:
Motion von Julia Hofstetter, Brigitte Fürer und 1 Mitunterzeichnenden betreffend Pilotprojekt für ein «Zirkuläres Bauen» bei städtischen Gebäuden, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 18. Dezember 2023

2658. 2023/560
Weisung vom 06.12.2023:
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Sporthalle Utogrund», Zürich-Albisrieden, Kreis 9, Aufhebung

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 18. Dezember 2023

2659. 2023/579
Weisung vom 13.12.2023:
Postulat von Dr. David Garcia Nuñez und Andreas Kirstein betreffend Bericht über die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf die damaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 18. Dezember 2023

2626. 2023/430

Weisung vom 13.09.2023:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2024**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 77, Beschluss-Nr. 2626/2023).

Schlussdebatte:

Florian Utz (SP): *Der Entscheid zur Bekämpfung des Antisemitismus, den wir einstimmig gefällt haben, war eindeutig ein Höhepunkt dieser Budgetdebatte. Ich danke allen Fraktionen dafür, dass wir uns bei allen Differenzen in der Frage der Menschenwürde doch einig sind. Ein weiteres Highlight betrifft den Wohnbau. Nach vielen langsamen Jahren hat der Stadtrat bereits mit dem Budget zum aktuellen Jahr ein grosses Kaufprogramm aufgegleist. Jetzt haben wir 500 Millionen Franken für Liegenschaftskäufe bewilligt. Das ist ein wichtiges Signal und ein grosser Schritt nach vorne. Die SP hätte sich zwar mehr Liegenschaftskäufe und weniger Verkäufe gewünscht, ist aber mit dem Budget des Stadtrats zufrieden. Kleine Schritte haben wir bei der Förderung des öffentlichen Verkehrs und bei der Veloförderung gemacht, was letztlich dem Klimaschutz zugute kommt. Zum Beispiel bewegen wir uns in Richtung Wiedereinführung des Zehnminutentakts beim ÖV am Abend und einzelne konkrete Massnahmen betreffend Veloverkehr wurden beschlossen. Leider muss ich aber mit Bedauern feststellen, dass die meisten Parteien bloss Lippenbekenntnisse ablegen. Für das volle Förderungsprogramm für den ÖV haben zum Beispiel nur die Grünliberalen und die SP gestimmt, trotz vieler Versprechen anderer Parteien. Die FDP, für die der ÖV wichtig ist, wenn es um Tempo 30 geht, hat grosse Abstriche gemacht. Auch die Grünen haben nur einem von zwei Anträgen zugestimmt. Bei der Veloförderung war es umgekehrt: Die Grünen haben mitgemacht, die Grünliberalen nicht, obwohl sie die Mobilität zu einem Schwerpunkt ihres Budgets erklärt hat. Für Autofahrer mit Elektroautos fordern sie das volle Förderprogramm im Budget, Velofahrerinnen und Velofahrer unterstützten sie aber bei keinem einzigen Antrag. Ein Tiefpunkt war die Debatte um die Lehrlingslöhne. Die AL hat einen bescheidenen Antrag gestellt, der eine Lohnerhöhung von 50 bis 100 Franken vorsah. Der Gemeinderat hat für viele andere Anliegen zusätzliche Gelder gesprochen, knausert aber bei den Lehrlingslöhnen. Das macht keinen guten Eindruck, besonders gegenüber der jüngeren Generation. Die grüne Fraktion wollte zudem erst eine klärende Taskforce einsetzen. Da fragt man sich, ob dieser Rat überhaupt handlungsfähig ist. Enttäuschend war auch die Abstimmung über die Stelle zur Ausgliederung des Stadtspitals. Die Grünen haben dazu ein widersprüchliches Votum gehalten. Ich wäre zukünftig froh um kohärente Haltungen und hoffe auf bessere Zusammenarbeit von Rot-Grün. Für die Stadt ist das essenziell. Von bürgerlicher Seite haben mich die Anträge zur Streichung des Wohnförderungsprogrammes am meisten irritiert. Von der FDP habe ich aber auch nichts anderes erwartet. Die Umsetzung von Volksentscheiden zu verhindern ist ihre Lieblingsaktivität. Von der SVP erwarte ich aber mehr: Wer die Wichtigkeit von demokratischen Volksentscheiden immer wieder betont, sollte diese nicht willkürlich ignorieren, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen. Auch enttäuschend war das Votum von STR Andreas Hauri zu den Gebührenerhöhungen in den Alterszentren. Unterschiedliche inhaltliche Meinungen gehören zur Demokratie. Die Aussage, Gemeinderatsentscheide zum Budget in dieser Frage würden nicht respektiert werden, ist demokratiepolitisch aber sehr fragwürdig und beweist eine Geringschätzung des Parlaments, beziehungsweise der Institutionen der Stadt.*

Pärparim Avdili (FDP): Jedes Jahr wird mehr budgetiert als nötig. Die SP hat es in ihrer Fraktionserklärung angesprochen. Korrigiert hat man das Budget leider nicht. Das Überbudgetieren hat einerseits mit bestimmten eingebauten Stellschrauben zu tun, andererseits aber auch mit der Realität, beispielsweise bei der Besetzung vieler Stellen. Gemäss Budget werden Stand 1. Januar 2024 weit über 1000 Stellen nicht besetzt sein, die dementsprechend in der Rechnung nicht aufgeführt werden. Darum hat die FDP auch dieses Jahr wieder einen Pauschalabzug beim Personal beantragt. Die SP hat zumindest eingesehen, dass der Betrag von 10 Millionen stark überschritten werden wird. Die Überbudgetierung hat auch mit der Versorgertaxe zu tun. Die entsprechende einmalige Zahlung wird im ersten Quartal des Jahres 2024 eintreffen. So ist absurderweise jetzt schon bekannt, dass wir das Jahr 2024 mindestens mit einer schwarzen Null abschliessen werden. In Anbetracht der letzten Jahre wird es wahrscheinlich eher ein starkes Plus. Einer von vielen absurden Anträgen dieser Debatte war die sogenannte Gebührensenkung bei den Alterszentren. Diese Giesskannenpolitik wurde von einer linken Mehrheit und der SVP gestützt. Amüsantere Voten haben Stephan Iten (SVP) mit einer Rede zur Kompostpolizei und Sven Sobernheim (GLP) zu Veloabstellplätzen geliefert. Die Grünen haben sich als die vernünftiger linke Partei bewiesen und manche absurden Anträge der AL verhindert. Das ist teilweise aus Überzeugung geschehen, teilweise weil eines ihrer Fraktionsmitglieder der Budgetdebatte ferngeblieben ist. Das war für mich der Tiefpunkt dieser Budgetdebatte. Die ganze Debatte hat sich enorm verzögert, weil die linke Ratsseite plötzlich feststellen musste, dass sie kein qualifiziertes Mehr erreichen konnte. Sie haben in den folgenden Voten Zeit geschunden und unnötige Diskussionen gestartet. Als Resultat des Filibusters sind wir nur sehr langsam vorangekommen und mussten heute erneut antraben. Dass der RPK-Präsident der SP nicht bereit ist, die Regeln einzuhalten, ist ein Armutszeugnis. Schlimmer noch ist die fehlende Kompromissbereitschaft auf der linken Ratsseite. Wärt ihr bereit gewesen, Zugeständnisse zu machen, hättet ihr die Entscheide nicht künstlich hinauszögern müssen, bis ihr das qualifizierte Mehr wieder erreichen konntet. STR Daniel Leupi ist der Meinung, dass die Schulden in der Debatte nicht erwähnt wurden. Das stimmt so zwar nicht ganz, aber ich tue ihm gerne den Gefallen: Sprechen wir über die Schulden. Die Schulden pro Einwohner haben in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Für das Budget 2024 sind 14 000 Franken pro Einwohner vorgesehen. Bis ins Jahr 2027 soll diese Zahl auf knapp 20 000 Franken pro Einwohner steigen. Auch der Selbstfinanzierungsgrad soll auf weit unter 40 Prozent sinken. Gegenüber zukünftigen Generationen ist dieser Plan des Stadtrats verantwortungslos: So werden wir die letzte Generation sein, die in Wohlstand lebt. Gerade ein grüner Politiker sollte sich der Wichtigkeit nachhaltiger Zukunftsplanung bewusst sein. Mit eigenen Anträgen wollte die FDP die Schuldenpolitik des Stadtrats im Budget korrigieren. Der Streichungsantrag setzt dort an, wo gar kein Geld benötigt wird: Bei den Liegenschaftskäufen. Mit den dafür budgetierten 500 Millionen Franken werden wir kein einziges Problem in der Wohnbaupolitik lösen. Mit solchen staatlichen Grosseinkäufen werden sich die Notstände weiter zuspitzen. Viele weitere linke Anliegen haben der Stadtrat und Rot-Grün im Budget festgeschrieben: Mehr Geld für Personal, das nicht gebraucht wird, günstigere Mieten für Organisationen, die dies nicht brauchen, mehr Subventionen für Stellen, die Steuergeld verschleudern. Nur bei der Sicherheit, einer zentralen Aufgabe unseres liberalen Staats, wollen sie sparen. Das Parlament der Gutmenschen rühmt sich damit, dass es für alle da ist. Für diejenigen, die den ganzen Spass finanzieren, haben sie nichts übrig. Sie schmähen die Steuerzahler, das Gewerbe und die ganze Wirtschaft. In zwei Jahren wird neu gewählt. Dann werden hoffentlich endlich neue Mehrheiten vernünftig für die Zukunft planen können. Um den Wohlstand unserer Stadt zu sichern, müssen wir die Steuern senken und die explodierenden Kosten eindämmen. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Unsere Anträge, die unseren Versuch, das Budget aktiv mitzugestalten, darstellen, sind nicht durchgekommen. Wir lehnen das Budget ab.

Selina Walgis (Grüne): Wie bereits letztes Jahr war die Anzahl Anträge verhältnismässig im Rahmen. Der Stadtrat hat uns ein grundsätzlich ausgewogenes Budget vorgelegt. Im Bereich Wohnen hat der Stadtrat grosszügig Mittel budgetiert. Das ist zentral, um dem Drittziel näherzukommen. Ausserdem hat der Stadtrat einen grossen Ausbau der Stellen im Bildungsbereich vorgenommen. Der Gemeinderat hat die Anzahl Stellen noch vergrössert. Wir hoffen, dass diese Stellen zeitnah besetzt werden können. Sie sind zentral für die Chancengerechtigkeit. Leider sind Klassenassistentenstellen nicht im von uns erwünschten Umfang angenommen worden, da wir keine Mehrheit hinter uns hatten und nicht auf die SP zählen konnten. Immerhin sind zehn von den geforderten 25 Stellen gesprochen worden. Es freut uns auch, dass der Antrag zu den 600 zusätzlichen Baumpflanzungen mit der Unterstützung der AL und der SP durchgekommen ist. Diese braucht es, um der Erhitzung und der drastischen Abnahme von Grünflächen in der Stadt entgegenzuwirken. Erfreulich ist ebenfalls, dass für die Gleichstellungsstelle mehr Gelder gesprochen wurden. Besonders freuen wir uns aber über die deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für die humanitäre Hilfe. Es ist aber enttäuschend, dass nicht alle Fraktionen dafür gestimmt haben. Besonders von der Die Mitte/EVP-Fraktion haben wir mehr erwartet. Zusammen mit der FDP und der SVP sind sie gegen eine Erhöhung der humanitären Hilfe, sprechen sich aber für eine Steuersenkung aus. Empathie haben sie wohl nur für die Steuerzahlenden. Eine positive Entwicklung gegenüber letztem Jahr: Es wurden gezielte Anträge gestellt und weniger Geld flächendeckend gesprochen. Mit der Budgetdebatte sind wir soweit zufrieden. Natürlich gab es einige Unstimmigkeiten, gerade auf der linken Seite. Die Empörung war gross, wenn sich eine linke Partei einmal getraut hat, gegen eine andere zu stimmen. Wir haben nicht alle Anträge der SP und AL zielführend gefunden. Das kann verhindert werden, wenn während des Jahres in der Vorbereitung besser zusammengearbeitet wird. Die rechte Ratsseite liefert sich wie jedes Jahr ein Steuersenkungsrennen. Es ist fast schon erstaunlich, dass keine Partei gefordert hat, die Steuern komplett abzuschaffen. Wir Grünen werden die geforderten Steuersenkungen selbstverständlich ablehnen. Wir bleiben konsequent. Wir wollen eine Stadt Zürich, die den Bedürfnissen aller Bewohner*innen gerecht wird. Eine solche Stadt darf Geld kosten. Dem Budget 2024 stimmen wir zu. Wir schauen gespannt in die Zukunft und freuen uns auf ein Jahr, in dem Zürich hoffentlich grüner, velofreundlicher, und egalitärer wird.

Sven Sobernheim (GLP): Beim Schaffen von neuen Stellen haben wir uns selbst übertroffen. Darum kann ich die Enttäuschung der SP darüber, dass die Grünen und die AL ihre zusätzlichen Velostellen nicht gutgeheissen haben, nicht verstehen. Überall sonst haben sie sich tüchtig ins Zeug gelegt. Die einzige Ausnahme ist, wie jedes Jahr, die Stadtpolizei. Dieser möchte man keine Frontstellen, keine vollständige Medienstelle und keine Ausrüstung gönnen. Die GLP kann das nicht verstehen. Unverständlich ist uns auch, wieso die FDP während der Debatte ständig über noch hängige Weisungen sprechen möchte. Wir finden es auch schade, dass die linke Mehrheit nur dann bereit ist, zu verhandeln, wenn ihr die Mehrheit aufgrund von Abwesenheiten fehlt. Bei den Schulasistenten und Logopäden wäre ein Kompromiss zustande gekommen. Sobald wieder 63 linke Ratsmitglieder anwesend waren, wurde der Kompromiss jedoch rücksichtslos aus dem Fenster geworfen. Der Tiefpunkt der Debatte war aber das filibustern seitens der Linken, insbesondere der SP. In den Medien stehen sie nicht einmal dazu, sondern behaupten, die Rechten wären genauso schlimm. Auf die Behandlung eines Themas, das mir sehr wichtig ist, das Elektromobilitätskonzept, warte ich schon lange. Ich hoffe, es in meiner Zeit im Gemeinderat noch erleben zu dürfen. Einen kleinen Schritt vorwärts haben wir immerhin in der Budgetdebatte gemacht. Auch erfreulich ist der Beschluss zu Free-Floating-Fahrzeugen: Wir haben dem Stadtrat klargemacht, dass wir eine geregelte Stadt ohne blockierte Trottoirs wollen, auch wenn das weniger Einnahmen bedeutet. Leider wurde ein Vorschlag von uns zur Reduktion von Baukosten abgelehnt. Wir

haben viel Zeit für wenig Veränderung aufgewendet, beenden die Debatte aber trotzdem mit einem Budget, dem die GLP zustimmen kann.

Samuel Balsiger (SVP): Wir alle kennen das Bauchgefühl, das uns mitteilt, wenn etwas unvernünftig ist oder etwas nicht stimmt. Ich bin enttäuscht, dass der Rat wegen ideologischer Differenzen nicht auf unser kollektives Bauchgefühl hört. Das Budget des Jahres 2022 betrug 9,5 Milliarden Franken. Das ist bereits ein Riesensbudget. Sie haben es aber geschafft, innerhalb von nur zwei Jahren das Budget um 1,4 Milliarden Franken zu erhöhen. Das ist unvorstellbar viel Geld. Gehen Sie einmal in sich hinein und fragen Sie sich, ob es so weitergehen kann. Die Antwort ist Nein. Wenn die Kosten weiterhin derart explodieren, sind wir in wenigen Jahren bei 15 oder 17 Milliarden Franken. STR Daniel Leupi hat unser Budget von bald 11 Milliarden Franken mit dem Budget des Bundes, das knapp 90 Milliarden Franken beträgt, verglichen. Ein Pro-Kopf-Vergleich der Budgets zeigt, dass der Bund pro Einwohner 10 000 Franken ausgibt, die Stadt Zürich 25 000 Franken. Davon wird vieles für unnötige Projekte und unsinnige Bürokratie ausgegeben. Sie behaupten, die Welt gehe im Jahr 2030 wegen einer Klimakrise unter. Nun, da dieser Zeitpunkt näherkommt, verschiebt sich der Weltuntergang plötzlich um fünf oder zehn Jahre nach hinten. Unter diesem und ähnlichen Vorwänden soll die Stadt 12 Milliarden Franken ausgeben. Das Drittelsziel bei den Wohnungen ist ebenso unsinnig und wird dazu führen, dass die budgetierten Kosten weiter explodieren. Wir müssen aufhören, bloss Parteisoldaten zu spielen und Verantwortung übernehmen. Darum haben wir uns bei der Steuersenkung kompromissbereit gezeigt. Wir stecken in einer Lebenshaltungskostenkrise, die viele Leute ratlos zurücklässt, wie sie ihren Alltag bestreiten sollen. Wenn wir von unserem hohen Ross heruntersteigen und nicht nur versuchen, die Welt zu retten, können wir den Leuten da helfen, wo sie es dringend nötig haben. Die Steuern um 7 Prozent zu senken ist der erste Schritt. Das ist ein Konjunkturprogramm für den Mittelstand und die ganze Bevölkerung. Dafür müssen weder Personal noch Projekte abgebaut werden. Auch viele linke Wähler sind darauf angewiesen. Wenn wir unser westliches, demokratisches System beibehalten wollen, muss der Staatsbetrieb kostengünstig und bürgernah sein. Das vorliegende Budget ist es garantiert nicht.

Christian Traber (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion hat bereits in der Fraktionserklärung festgehalten, dass das Budget für uns in Ordnung ist und wir weder bei Erhöhungen noch Lohn- oder Stellenkürzungen mitmachen würden. In der Debatte haben wir uns entsprechend zurückhaltend verhalten. Irritierend finden wir einige Mehrausgaben, die die linke Seite mit ihrer Mehrheit durchgeboxt hat. Bei vielen Anliegen hat der Stadtrat selbst gesagt, dass er für die Mittel keine Verwendung hat. Auch alle Forderungen betreffend den VBZ sind aufgrund des Fachkräftemangels unrealistisch. Das einzige, was die linke Seite gekürzt oder nicht bewilligt hat, sind die zusätzlichen Polizeistellen. Das ist absolut unverständlich. Problematisch ist das Stellenwachstum in der inneren Verwaltung. Der Stadtrat muss zukünftig genauer aufpassen und das Wachstum eindämmen. Ich möchte aber eine Lanze für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung brechen: Sie machen mehrheitlich gute Arbeit und verdienen Dank dafür. Wir stimmen dem soliden Budget zu, wenn auch nicht euphorisch.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Das Filibustern der linken Ratsseite war sicherlich erträglicher als die zehnminütige WC-Rede von Samuel Balsiger (SVP). Ich habe die Budgetdebatte anders wahrgenommen als meine Vorredner*innen. Wir waren immerhin so flexibel, dass wir die Debatte vom Freitag auf den Donnerstag verschoben haben. Die Mitte hingegen hat mit ihrer passiven Haltung viel weniger Kompromissbereitschaft gezeigt. Sogar bei sozialen Fragen hat sie keine Stellung bezogen. Dank einer stummen Mitte sowie je einem rechten und linken Block sind uns wenige Durchbrüche gelungen. Beim Postulat für das Familien- und Patient*innenhotel und bei der Einnahmeverminde-

rung bei den Taxen der Gesundheitszentren für das Alter wurde jedoch über die Rats-hälften hinaus kooperiert. Auch beim Thema Antisemitismus waren wir uns ganzheitlich einig. Trotz diesem starken Zeichen sind in der Budgetdebatte immer wieder rassistische, sexistische und queerfeindliche Sprüche gefallen. Nicht überrascht hat uns der Steuerfetisch der bürgerlichen Parteien. Immerzu sind sie mit dem Rotstift unterwegs und drücken sich vor jeder sozialen Verantwortung. Die Menschen wollen keine Steuer-senkungen und Wohlstands-Geplänkel. Sie brauchen angemessenen Wohnraum zu gu-ten Preisen und das Recht, bei einem Gesundheitsproblem eine zeitlich angemessene und effiziente Behandlung zu erhalten. Dafür steht die AL. Wir tragen weiterhin unsere aktivistische Energie ins Parlament, um politische Lösungen zu finden, auch wenn sie über das Budget hinausgehen. Wir freuen uns, dass der Bedarf an Probe-, Präsentati-ons- und Aufführungsräumen für bildende Künstler*innen und Musikschaffende wie auch das Anliegen zu Gebrauchsleihverträgen bei Zwischennutzungen erkannt worden ist. Die humanitäre Hilfe konnten wir mit vereinten Kräften verbessern und bei den Res-sourcen für die Schule eine vernünftige Fachkräftemischung finden. Erfreulich, wenn auch ungenügend, sind die Fortschritte bei der Eingrenzung der polizeilichen Kontrolle und beim Sozialinspektorat. Die Budgetdebatte war für die AL aber auch kein Sonntags-spaziergang. Nach zehn Jahren Stillstand bei den Lehrlingslöhnen konnten wir keine Er-höhung durchsetzen. Ausserdem mussten wir zusehen, wie der Stadtrat seine Spital-ausgliederungspläne ohne expliziten Auftrag des Gemeinderates weiterhin verfolgt. Bei-des hat sich aus der Haltung der Grünen ergeben, die wir beim besten Willen nicht nachvollziehen können. Die AL wird alles daransetzen, die Fehlentscheide im Jahr 2024 zu korrigieren. Wir schliessen die Debatte mit dem Thema Wohnraum: Wir sind der Mei-nung, dass Abschreibungsbeiträge und Pauschalbeiträge für Liegenschaftskäufe sinn-volle Instrumente für die Bekämpfung der städtischen Wohnmisere sein können. Sie sind natürlich kein Allerheilmittel. Wir unterstützen sinnvolle Liegenschaftskäufe, aber nicht Grosskäufe zu jedem Preis. Wir wollen und brauchen eine intelligente Wohnpolitik. Das muss sich Zürich leisten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: In der Budgetdebatte geht es wie jedes Jahr stürmisch zu und her. Der Filibuster der linken Seite war auch für mich kein Höhepunkt, genauso wie die Idee der GLP, eine Fachstelle für Bestellerkompetenz zu schaffen. Nächstes Jahr sollten wir vielleicht eine Stelle für Budgetantragskompetenz schaffen. Bei Antrag 090. war der Ge-meinderat absolut erfolgreich. Dabei ging es um 200 Millionen Franken Heimversor-gertaxen. Fast einstimmig wurde gegen den Stadtrat gestimmt. Trotzdem wurde das Budget massiv verbessert und eine Lösung eingeführt, die der Stadtrat bevorzugt. Wir hatten sie ursprünglich nicht eingeführt, weil uns das Gemeindeamt etwas anderes vor-geschrieben hat. Mein Bild des Budgets der Stadt bleibt gleich: Es ist stabil und nach-haltig belastbar. Dieses Jahr ist das Budget der Stadt mit einem Triple-A ausgezeichnet worden. Das ist ein weiterer Beweis für die Solidität unserer Finanzpolitik. Dank gebührt auch allen Mitarbeitenden, die das ganze Jahr durch unzählige Dienstleistungen für die Stadt erbringen und sicherstellen, dass sie attraktiv bleibt. Zu den Zahlen: Trotz massi-Ver Verbesserung ist es dem Gemeinderat nicht gelungen, ein Budget ohne budgetier-tes Minus vorzulegen. Geplant ist nun ein Abschluss von minus 16 Millionen Franken. Bei der Investitionsrechnung wurden die Gesamtausgaben von 1,583 Milliarden Franken auf 1,584 Milliarden Franken erhöht. Bei der Investitionsrechnung Finanzvermögen hat sich nichts geändert. Ich erwarte beim Abschluss der laufenden Rechnung eine schwarze Null. Genaueres kann ich momentan nicht vorhersagen. Ich bedanke mich für die Debatte, die abgesehen von diesen Punkten und einigen verbalen Entgleisungen durchaus konstruktiv war. Ebenso bedanke ich mich bei den Mitarbeitenden der Finanz-verwaltung und des Human Resources Managements für die Zusammenarbeit.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferat Dispositivziffer 2:

Felix Moser (Grüne): *Der Stadtrat soll die Mittel, die für Löhne vorgesehen sind, auf die verschiedenen Dienstabteilungen und Organisationseinheiten verteilen können, damit diese über das Jahr hinweg bezahlt werden können. Spontanprämien und Teuerungsausgleich sind inbegriffen. Konkret geht es um 60 Millionen Franken. Die Kommission ist einstimmig der Meinung, dass dies sinnvoll ist.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Florian Utz (SP), Präsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsanträge und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Florian Utz (SP): *Përparim Avdili (FDP), ich habe am Donnerstagnachmittag ausschliesslich zu von mir gestellten Anträgen je ein Votum gehalten. Die einzige Ausnahme war eine zweiminütige Replik auf ein Votum der grünen Fraktion. Ich wäre froh, wenn wir uns alle an Daten und Fakten halten könnten, auch bei den Steuern. Die Mehrheit des Rats steht in dieser Frage weiterhin für Stabilität und Verlässlichkeit. Dies aus zwei Gründen: Einerseits ist ungewiss, wie die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung inklusive Steuereinnahmen aussieht. Andererseits ist die Mehrheit der Meinung, dass gezielt der Mittelstand und tiefe Einkommen entlastet werden sollten, wenn eine Entlastungspolitik verfolgt wird, nicht primär Wohlhabende und Unternehmen. Mit dem aktuellen Steuerfuss, der weder ohne Not erhöht noch ohne Aussicht auf Stabilität gesenkt wird, haben wir gute Erfahrungen gemacht. Planungssicherheit ist für Unternehmen und Privathaushalte wichtig. Stabilität und Verlässlichkeit bewähren sich. Unsere Stadt ist auch mit diesem Steuerfuss attraktiv. Die Leute sind nicht der Meinung, dass wir zu hohe Steuern verlangen. Das zeigt sich unter anderem an der deutlichen, gut qualifizierten Zuwanderung in unsere Stadt. Ausserdem haben wir in Zürich nicht das Problem,*

dass hohe Steuern zu tiefen Wohnungspreisen und kaum verkaufbaren Immobilien führen. Das Gegenteil ist der Fall. Gleichzeitig ist unklar, was die nächsten Jahre mit sich bringen werden. Der Kanton plant eine Senkung der Unternehmenssteuern, die die Stadt massiv belasten würde. Ungewiss ist auch, wie sich die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS auf die Steuererträge auswirken wird. Angesichts dieser Ungewissheiten ist eine Steuersenkung aus unserer Sicht nicht angebracht. Noch viel entscheidender, zumindest aus Sicht der SP, ist aber die Frage, wer profitiert. Eine Steuersenkung entlastet Menschen mit einem Medianeinkommen nur marginal. Die Mehrheit der Stadtbevölkerung hat ein steuerbares Einkommen von weniger als 60 000 Franken. Wenn wir nun aber doch einmal von einem Medianeinkommen von 60 000 Franken ausgehen, entspricht eine Steuersenkung von 3 Prozentpunkten einer Entlastung von nicht einmal 100 Franken. Viel effektiver und breiter gestreut sind Massnahmen wie ein verbilligtes VBZ-Abo oder eine Krankenkassenprämienverbilligung für die Hälfte der Bevölkerung. Das würde die Stadt ebenfalls rund 60 Millionen Franken kosten. Es ist wichtig, den Mittelstand und tiefe Einkommen zu entlasten, die bei Steuersenkungen faktisch leer ausgehen. Zusätzlich möchten die Parteien, die eine dreiprozentige Steuersenkung verlangen, eine Gebührenerhöhung von 6000 Franken pro Jahr in den Alterszentren. Die Mehrheit in diesem Rat fordert eine Politik, die für den Mittelstand einsteht, und damit beim bewährten Steuerfuss von 119 Prozent zu bleiben.

Kommissionsminderheit 1 Änderungsanträge und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Pärparim Avdili (FDP): *Die FDP stellt einen Steuersenkungsantrag. Der Steuerfuss soll auf 116 Prozent gesenkt werden. Dieser Schritt ist wirksam, realistisch und notwendig. Budgetiert ist ein Minus von 16 Millionen Franken. Wir wissen aber alle, dass wir Ende Jahr besser abschneiden werden. In den vergangenen Jahren haben wir jeweils mit massiven Überschüssen abgeschlossen. Das wird sich in Zukunft nicht verändern. Eine Steuersenkung ist also absolut realistisch. Ein Steuerprozent beträgt 20 Millionen Franken. 60 Millionen Franken weniger kann die Stadt auch längerfristig verkraften. Gleichzeitig könnten Schulden abgebaut und verhindert werden, wie dies die FDP aufgezeigt hat. Tiefere Steuern entlasten das Gewerbe und den Mittelstand, insbesondere in Zeiten der steigenden Inflation. Sämtliche Studien zeigen ausserdem, dass eine Steuersenkung einen positiven Effekt auf die Wirtschaft hat. Nötig ist die Steuersenkung und damit eine Einnahmensenkung der Stadt, damit der Stadt- und Gemeinderat nicht weiterhin auf die Idee kommen, das überschüssige Geld für Unnützes zu verpulvern.*

Kommissionsminderheit 2 Änderungsanträge und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Johann Widmer (SVP): *Nehmt den Politikern endlich das Geld weg. Sieben Prozent wird dieser Stadt gut tun.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Im Jahr 2007 wurde der Steuersatz das letzte Mal gesenkt, von 122 Prozent auf 119 Prozent. Da ist nicht Konsequenz am Werk, sondern eine Blockade. Wir sind überzeugt, dass wir einen Steuersatz von 116 Prozent über die nächsten fünf Jahre halten können. Die Vergangenheit zeigt es: Die 60 Millionen Franken, die verloren gehen, können wir uns leisten. Planungssicherheit bleibt also auf jeden Fall bestehen. Eine Gebühr, Florian Utz (SP), soll kostendeckend sein. Das Prinzip der Züri-Säcke funktioniert so. Wieso sollen die Alterszentren mit Steuergeldern finanziert werden? Zudem werden Ergänzungsleistungen über eine Steuer finanziert. Selbst wenn die*

Gebühren steigen, zahlt der Steuerzahler mit. Der Kanton beteiligt sich aber auch. Sinken die Gebühren, fällt diese Unterstützung weg. Im Budget wird das überschüssige Geld für zusätzliche Veloabstellplätze, Bäume und Juristen eingeplant. Wir schwimmen im Geld und wissen nicht mehr, wohin damit. Eine moderate Steuersenkung liegt auf jeden Fall drin.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Durch die Budgetierung der geschuldeten Versorgersteuern des Kantons haben wir uns einer 0 im Budget angenähert und können davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen auch im Jahr 2024 zu einem positiven Ergebnis führen werden. Das bietet natürlich allen Verfechter*innen einer Steuerfussenkung eine gute Ausgangslage. Eine Senkung auf 116 Prozent würde bedeuten, dass 61 Millionen Franken Einnahmen plus der kompensatorische Betrag vom Kanton wegfallen würden. Insgesamt sind das 75 Millionen Franken. Über den Betrag könnten wir diskutieren. Eine Steuersenkung sehen wir aber grundsätzlich als sinnlos an. Die Senkung bietet einkommensschwachen Haushalten keine Entlastung. Sie erzielt auch keine Kaufkraftverbesserung. Die finanzielle Belastung durch die massive Erhöhung von Mietzinsen und Krankenkassenprämien fällt viel schwerer ins Gewicht als die Belastung durch Steuern. Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 5000 Franken geben gemäss Bundesamt für Statistik für Krankenkassenprämien einen rund dreimal höheren Anteil ihres Einkommens aus als Haushalte, die mehr als 13 000 Franken verdienen. Die prozentualen Anteile der Steuern über alle Einkommensklassen hinweg sind hingegen ungefähr gleich. Wir wollen auch keine Steuerentlastung für zunehmende Vermögen. Median- und Durchschnittsvermögen sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Im Zeitraum 2012–2021 wurde ein Wachstum von 20 Prozent verzeichnet. Genauso braucht es für steigende Anteile von höheren Einkommen keine Steuerentlastung. Bei der Steuerertragsentwicklung der Jahre 2002–2020 zeigt sich eine Verschiebung zu höheren Einkommensklassen. Nicht alle Aussagen bis ins Jahr 2019 sind verlässlich, da noch Veranlagungen zur Quellensteuer offen sind. Dennoch zeichnet sich die Tendenz ab, dass sich der obere Mittelstand mit einem steuerbaren Einkommen von 60 000 Franken bis 149 000 Franken um 37 Prozent vergrössert. Die Gruppe darüber, die sogenannte Oberschicht, hat sich im selben Zeitraum mehr als verdoppelt. Zürich ist attraktiv genug. Noch nie haben so viele Menschen in dieser Stadt gelebt wie heute. Der Niedergang der CS hatte keine ausserordentlichen Auswirkungen auf die Steuererträge bei den juristischen Personen. Den grossen Firmen mit hoher Gewinnschöpfung in Zürich geht es gut, die KMU leiden nicht unter hohen Steuerabgaben. Die juristischen Personen in tiefen Gewinnklassen sind zahlenmässig ebenfalls stark angestiegen und liefern geringe Steuererträge ab, höchstens 80 Millionen Franken. Nicht zuletzt wollen wir nicht von Grundstücksgewinnsteuern abhängig sein. Der überhitzte Liegenschaftenhandel spült auf ungute Art Geld in die Kasse. Die Aufgaben der Gemeinde sollten nicht auf diese Einnahmen gestützt sein.

Felix Moser (Grüne): Wir Grünen möchten den aktuellen Steuerfuss beibehalten. Uns ist Kontinuität wichtig. Ausserdem sind wir der Meinung, dass die Stadt ihre Schulden weiter abbauen sollte. Die Schulden sinken zwar seit etwa zehn Jahren leicht, führen aber trotzdem zu Zinsbelastung, die wieder steigt. Momentan beträgt sie 50 Millionen Franken. Mit einem Steuerfuss von 119 Prozent wird dieses Vorhaben einfacher sein. Die Stadt kauft seit einer Weile auf Wunsch des Parlaments im grossen Stil Liegenschaften. Die Wohnungen finanzieren sich in der Regel selbst, sobald Erträge gemacht werden. Trotzdem müssen die Käufe finanziert werden, weshalb die Stadt Geld zur Verfügung haben muss. Nicht zuletzt brauchen wir das Steuergeld auch für den Klimaschutz. Wir möchten deswegen bei einem Steuerfuss von 119 Prozent bleiben.

Dr. Florian Blättler (SP): Sven Sobernheim (GLP), Gebühren müssen nicht kostendeckend sein. Sie dürfen nur keinen Gewinn machen, es sei denn, es gibt ein Spezialgesetz, wie es beim Abfall der Fall ist. Das Bundesgesetz schreibt dort vor, dass die Gebühren kostendeckend sein müssen. Das ist in keinem anderen Bereich der Fall. Ich denke, die grosse Mehrheit des Gemeinderats ist sich einig, dass eine Steuerpolitik, wie sie die SVP vorschlägt, unbrauchbar ist. Die Steuern zu senken und im Jahr darauf wieder anzuheben ist ein Witz. Für die Wirtschaft ist Planungssicherheit wichtig, egal ob die Steuern tiefer oder höher ausfallen. Die FDP verweist auf Studien, die angeblich belegen, dass Steuersenkungen sich positiv auf die Wirtschaft auswirken. Es gibt keine einzige empirische Studie, die über einen Einzelfall hinausgehend berichtet, dass Steuersenkungen einen positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Eine Steuersenkung von 3 Prozent bedeutet für die Mehrheit der Familien eine Entlastung von weniger als 100 Franken, für die Mehrheit der Einzelpersonen weniger als 60 Franken. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die Stadt auf Einnahmen von 60 Millionen Franken verzichtet, die Mehrheit der Stadtbevölkerung aber nur minimal davon profitiert. Wir müssen uns auf eine Definition des Mittelstands einigen. Für die FDP beginnt der Mittelstand anscheinend bei einem steuerbaren Einkommen von 250 000 Franken, die GLP ist der Meinung, der Mittelstand komme im Alter in den Genuss von Ergänzungsleistungen. Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte. Egal wie man den Mittelstand definiert: Sprechen wir über Massnahmen, die die Menschen effektiv entlasten. Tarifsenkungen für den Mittagstisch wurden von euch abgelehnt, das Stimmvolk hat sie nun angenommen. Diese Reduktion kostet die Stadt etwa 10 Millionen Franken und erspart einer Familie mit zwei Kindern Ausgaben von 1000 Franken pro Jahr. Das kommt einer Steuersenkung um 30 Prozentpunkte gleich und kostet nur einen Sechstel einer dreiprozentigen Steuersenkung. Wir müssen die Kosten benennen, die die Mehrheit wirklich belasten, und Massnahmen dagegen ergreifen. Die Steuern gehören nicht dazu.

Përparim Avdili (FDP): Die FDP möchte ebenfalls Planungssicherheit. Darum haben wir eine moderate Steuersenkung von 3 Prozent beantragt. Das ist ein nachhaltiges Niveau, das auch in der Vergangenheit möglich gewesen wäre. Selbstverständlich werden nicht alle Menschen von jeder Steuersenkung entlastet. Die FDP hat die Einführung der Tagesschule unterstützt und setzt sich klar für alle Menschen ein. «Kaufkraft sichern» war der SP-Wahlslogan für die letzten Nationalratswahlen. Steuersenkungen sind ein Instrument dafür. Jeder Ökonom kann bezeugen, dass Steuersenkungen die Wirtschaft entlasten und stimulierend wirken. Die AL hat eingesehen, dass der Bodenmarkt in Zürich überhitzt ist. Ich hoffe, dass sie bis nächstes Jahr eingesehen hat, dass dieser unter anderem wegen massiv überbeuerten Bodenkäufen, wie sie die Stadt Zürich tätigt, derart überhitzt ist. Auch Schuldenabbau wäre eine Möglichkeit. Die Mittel sind vorhanden. Hier weigern sich die Grünen: Wärt ihr wirklich an einem Schuldenabbau interessiert, hättet ihr unserem Antrag zugestimmt. Der Stadt geht es finanziell gut. Eine moderate, nachhaltige Steuersenkung sowie nachhaltiger Schuldenabbau sind auf jeden Fall möglich, auch wenn unsere Anträge nicht durchkommen.

Christian Traber (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion sieht eine moderate Steuersenkung von 3 Prozent als vertretbar. Der Stadt geht es gut, sie ist attraktiv und wir haben zwei Milliarden Franken Eigenkapital. Wir wollen kein Auf und Ab in der Steuerpolitik. Einen Steuerfuss von 116 Prozent kann man längerfristig auf diesem Niveau halten. Die Planungssicherheit ist damit gegeben und Zürich kann auch in Zukunft attraktiv bleiben. 60 oder 80 Franken weniger Steuern zu zahlen, ist vielleicht nicht besonders viel, aber es ist wichtig, der Bevölkerung ein Zeichen zu schicken, dass wir nicht bereit sind, in guten Zeiten zu viel Steuern einzukassieren. Ich bin auch bereit, zu diskutieren, was genau den Mittelstand ausmacht. Eine klare Definition würde sicher dabei helfen, künftig effektive Massnahmen ausarbeiten zu können, um diese Menschen zu entlasten.

Anthony Goldstein (FDP): *Tanja Maag Sturzenegger (AL) versteht den Unterschied zwischen Investitionen und jährlichen Ausgaben nicht. Es ist die Aufgabe der Stadt Zürich, Leistungen zunutze aller Bürgerinnen und Bürger zu erbringen und die dafür notwendigen Einnahmen zu erwirtschaften. Das Geld, das die Stadt ausgibt, soll allen zugutekommen, nicht nur spezifischen Partikularinteressen. Viele Menschen in der Stadt profitieren nicht von Veloabstellplätzen, mehr Bäumen, der Tagesschule oder Anwaltsstellen. Der Bereich, in den am meisten Geld gesteckt wird, aber die wenigsten davon profitieren können, ist das Drittelsziel an bezahlbaren Wohnungen. Viele, die dringend auf bezahlbare Wohnungen angewiesen sind, werden sie nie bekommen. Das alles kostet die Steuerzahler einen Haufen Geld. Sie werden ausserdem nicht einmal gefragt, ob sie dieses Vorhaben bezahlen möchten. Es ist ein Affront, unseren Steuerzahlern jedes Jahr ein höheres Budget vorzulegen, ohne sie finanziell dafür zu vergüten, etwa in Form einer Steuersenkung. Die Mittelschicht leidet darunter am meisten, denn sie bezahlt, ohne in den Genuss von verbilligten Wohnungen oder tieferen Krankenkassenprämien zu kommen. Der Steuersatz muss jetzt gesenkt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung:

STR Daniel Leupi: *Die Folgen einer Steuersenkung wären nicht gravierend. Der Stadtrat gewichtet die Argumente jedoch anders als die bürgerliche Seite. Einerseits geht es um die Schulden der Stadt. Diese werden mit den geplanten fremdfinanzierten Liegenschaftskäufen weiter steigen. Wir sollten trotzdem versuchen, die restlichen Schulden zu reduzieren. Letztes Jahr ist uns das gelungen. Ausserdem steigen die Zinsen. Zudem wird die Stadtbevölkerung bereits durch die kantonale Steuersenkung entlastet. Die Stadt muss, wie alle Kernstädte, andere Vorzüge bieten als einen tiefen Steuersatz. Alles andere ist schlicht unrealistisch. In die enorme Attraktivität unserer Stadt muss weiter investiert werden. Der Stadtrat ist sich mit den linken Parteien einig: Wenn die Steuern gesenkt werden, muss es über einige Jahre so bleiben, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Wir wissen nicht, was die nächsten Jahre bringen. Frech finde ich es, so zu tun, als würden die Steuerzahler nichts für ihr Geld bekommen. Sie kommen alle in den Genuss der exzellenten öffentlichen Infrastruktur. Diese ist nicht einer spezifischen Klientel vorenthalten, sondern kommt allen zugute. Die Bevölkerung schätzt die Leistungen, die die Stadt für sie erbringt. Das zeigt nicht zuletzt die hohe Zufriedenheit. Das Kernthema der Unzufriedenheit in den letzten Jahren ist das Wohnen. Die Stadtbevölkerung hat der Regierung und dem Parlament mehrfach den klaren Auftrag gegeben, das Problem anzupacken.*

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Anthony Goldstein (FDP), es ist nicht das erste Mal, dass die FDP ihre entwertende Haltung in einem despektierlichen Votum kundtut. Ihre Aussagen sind belehrend und äusserst irritierend.*

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2024 werden auf 119 116 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2024 werden auf 119 112 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit 1: Referat: Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit 2: Referat: Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit / Stadtrat	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	58 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>0 Stimmen</u>
Total	120 Stimmen
= absolutes Mehr	61 Stimmen

Damit ist dem Antrag Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2024 werden genehmigt.
 - Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2024 werden genehmigt.
- Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 60 089 400.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2024 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2024 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 4. Januar 2024 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

2660. 2023/433

Weisung vom 13.09.2023:

Finanzdepartement, Selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten, Budgets 2024, Sammelvorlage

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen und damit der Betriebsbeitrag 2024 der Stadt für den städtischen Leistungsbereich beschlossen.
2. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF) für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen.
3. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen.
4. Das Budget der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) für das Jahr 2024 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Florian Utz (SP): *Es handelt sich hierbei um eine Sammelvorlage, die einige Dispositivziffern aus der Weisung zum Budget zusammenfasst. Behandelt werden die vier städtischen Wohnbaustiftungen und die Asylorganisation Zürich (AOZ).*

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:

Përparim Avdili (FDP): *Die Kommissionmehrheit hat das Budget der AOZ geprüft und empfiehlt, es zur Kenntnis zu nehmen. Eine Minderheit nimmt es ablehnend zur Kenntnis und stellt einen Änderungsantrag.*

Kommisionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:

Johann Widmer (SVP): *Die SVP war von Anfang an gegen das Anliegen und stellt nun einen Änderungsantrag. Das AOZ ist keine effektive Lösung und die Stadt geht viel weiter, als es der Bund verlangt.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2024 wird ablehnend zur Kenntnis genommen und damit der Betriebsbeitrag 2024 der Stadt für den städtischen Leistungsbereich beschlossen.

Mehrheit: Referat: Pärparim Avdili (FDP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Pärparim Avdili (FDP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 2:

Barbara Wiesmann (SP): Die Kommission hat das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, neu Stiftung für Familienwohnungen, geprüft. Sie plant für das Jahr 2024 mit einem Aufwand von 9,8 Millionen Franken und einem Ertrag von ebenfalls 9,8 Millionen Franken. Es sind Investitionen von rund 9,2 Millionen Franken geplant. Die Kommissionsmehrheit beantragt, das Budget für das Jahr 2024 zur Kenntnis zu nehmen und den Änderungsantrag abzulehnen.

Kommisionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 2:

Johann Widmer (SVP): Wäre eure Forderung nach bezahlbarem Wohnraum ein Erfolgsmodell, müsste die Stiftung nicht mehr vom Staat unterhalten werden. Eure politischen Bemühungen sind allesamt gescheitert. Wir lehnen das Budget ab.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF) für das Jahr 2024 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Barbara Wiesmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Referat: Barbara Wiesmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferat Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Die Kommissionmehrheit empfiehlt das Budget für das Jahr 2024 der Stiftung Alterswohnungen (SAW) zur Kenntnisnahme. Das Budget ist ausgeglichen. Gegenüber dem letzten Jahr zeigt sich eine Aufwandüberschussverbesserung von 200 000 Franken. Der Gesamtaufwand liegt bei 39,1 Millionen Franken. Obwohl sich ein Plus an Alterswohnungen erst im Jahr 2025 niederschlagen wird, bringt das Jahr 2024 doch eine kostenintensive Phase für die SAW mit Vorleistungen für die Umsetzung der Liegenschaftsstrategie zugunsten des Gesamtportfolios mit sich. Die Nettoinvestitionen der SAW belaufen sich auf 37,4 Millionen Franken, was fast einer Verdoppelung gegenüber dem Budget 2023 entspricht. Es sind zwei Ersatzneubauten, ein Neubau und diverse Sanierungen geplant. Auf der Ausgabenseite wird aufgrund der Teuerung sowie der Lohnmassnahme aufgrund des Programms «Stärkung Pflege» mehr für Löhne aufgebracht. Es gibt auch neue Ausgaben, die mit dem neuen Vermietungsprozess zusammenhängen. Die zusätzlichen Ausgaben haben nichts mit den neuen Einkommens- und Vermögenslimiten für freitragende Wohnungen zu tun. Diese zeigen sich gemäss SAW noch nicht budgetrelevant. Der in den letzten Jahren gewachsene Unterhaltsstau konnte abgebaut werden. Der budgetierte Betrag in diesem Bereich liegt bei rund einem Drittel im Vergleich zu den Ausgaben im Jahr 2022 und sollte somit wieder normal weiterlaufen. Ebenfalls zeigt sich ein starker Zuwachs bei der Verzinsung von Finanzverbindlichkeiten, weil der Bedarf an Fremdkapital steigt und auslaufende mehrjährige Festhypotheken zu höheren Zinsen abgeschlossen werden müssen. Es sind ausserdem 860 000 Franken weniger Mietzinseinnahmen zu erwarten, da vier Siedlungen leer stehen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Referat: Tanja Maag Sturzenegger(AL); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)

Ausstand: Albert Leiser (FDP), Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferat Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 4:

Barbara Wiesmann (SP): Die Kommission hat das Budget der Stiftung PWG geprüft. Für das kommende Jahr rechnet die PWG mit einem Aufwand von knapp 40 Millionen Franken und einem Ertrag von 50 Millionen Franken. Investitionen von 124 Millionen Franken sind geplant. Die Kommissionsmehrheit beantragt, das Budget für das Jahr 2024 zur Kenntnis zu nehmen.

Weitere Wortmeldung:

Përparim Avdili (FDP): Die FDP hat sich in der Kommission aufgrund unserer Meinung zu Abschreibungsbeiträgen und Budgetüberschreitungen der letzten Jahre der Stimme enthalten. Wir stimmen nun dem Budget zu. Unsere Argumente gelten trotzdem. Wir werden die Situation bei der PWG weiterhin im Blick haben.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Referat: Barbara Wiesmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)

Ausstand: Reto Brüesch (SVP), Markus Merki (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 5:

Barbara Wiesmann (SP): Die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen Einfach Wohnen ist die jüngste städtische Stiftung. Für das Jahr 2024 wird im Budget mit einem Aufwand von etwa 3,4 Millionen Franken und einem Ertrag von rund 55 000 Franken gerechnet. Die Stiftung plant Investitionen in der Höhe von 36 Millionen Franken. Die Kommissionsmehrheit beantragt, das Budget für das Jahr 2024 zur Kenntnis zu nehmen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 5:

Johann Widmer (SVP): Die jüngste, äusserst unnütze städtische Stiftung ist rein ideologisch geprägt. Sie soll ökologisches Wohnen vormachen, was nicht mehr wirklich nötig ist. Die gesamte Stadt bewegt sich in diese Richtung. Die Stiftung kann abgeschafft werden. Wir nehmen das Budget ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Das Budget der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) für das Jahr 2024 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Barbara Wiesmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Referat: Barbara Wiesmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen und damit der Betriebsbeitrag 2024 der Stadt für den städtischen Leistungsbereich beschlossen.
2. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF) für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen.
3. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen.
4. Das Budget der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) für das Jahr 2024 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) für das Jahr 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 4. Januar 2024 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2661. 2023/596

Motion der GLP-, SP- und AL-Fraktion vom 20.12.2023:

Ausrichtung einer angemessenen Vergütung für künstlerische Arbeiten an die Kulturinstitutionen mit einer vierjährigen Beitragsperiode, die in die Kulturleitbildperiode 2024–2027 fallen

Von der GLP-, SP- und AL-Fraktion ist am 20. Dezember 2023 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Sammelweisung vorzulegen, um sicherzustellen, dass Kulturinstitutionen, deren auf vier Jahre wiederkehrende Betriebsbeiträge durch den Gemeinderat bewilligt werden und in die Kulturleitbildperiode 2024-2027 fallen, für künstlerische Arbeiten eine angemessene Vergütung ausrichten. Die Weisung ist so auszugestalten, dass Kulturinstitutionen, welche bereits angemessene Vergütungen ausrichten, gegenüber anderen Kulturinstitutionen in der neuen Weisung finanziell nicht benachteiligt werden.

Begründung:

Das Kulturleitbild 2024-2027 hat sich das strategische Ziel gesetzt, in der Kulturförderung u.a. auch auf die soziale Nachhaltigkeit zu achten. Die Handlungssachse «Faire Arbeitsbedingungen im Kulturbereich» hält entsprechend fest, dass eine Mindestentschädigung der künstlerischen Arbeit in geförderten Projekten als Massnahme vorgesehen sei. Diese Massnahme soll im Rahmen von erst noch zu führenden Diskussionen mit den geförderten Institutionen umgesetzt werden.

Die gemeinderätliche Beratung verschiedener Beitragsweisungen für die Jahre 2024-2027 hat gezeigt, dass eine Beurteilung der Arbeitsbedingungen in subventionierten Kulturinstitutionen mangels noch fehlender Grundlagen und Informationen über die anvisierte Entschädigungspolitik nicht seriös vorgenommen werden konnte. Offen blieb auch die Frage, welche Institutionen bereits eine angemessene Vergütung ausrichten, z.B. indem sie sich an allfällig vorhandene Gagenempfehlungen von Branchenverbänden halten.

Ein Eingreifen seitens des Gemeinderats birgt zudem das Risiko, dass Kulturinstitutionen und -organisationen, die basierend auf einem Gemeinderatsbeschluss gefördert werden, ungleich behandelt würden. Es scheint daher zielführender, diese Fragen mittels einer Sammelweisung zu klären. Diese könnte auch konkrete Massnahmen und allfällige Auswirkungen auf das geförderte Kulturschaffen aufzeigen.

Aufgrund formeller Kriterien, wie z.B. Gemeindeabstimmungen für unbefristete Beiträge oder sechsjährige Konzeptförderbeiträge, soll sich die geforderte Sammelweisung auf die vierjährigen Beitragsweisungen beschränken. Es ist davon auszugehen, dass die Abteilung Kultur ihre Ziele gemäss Kulturleitbild umsetzt und faire Arbeitsbedingungen in diesen Institutionen ebenfalls anstrebt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

2662. 2022/157

Wahl eines Mitglieds in die SK TED/DIB nach Rücktritt von Patrick Hässig (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2024

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 18. Dezember 2023):

Markus Merki (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

2663. 2023/62

Weisung vom 08.02.2023:

Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Zonenplanänderung «Harsplen» Zürich-Witikon, Kreis 7

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

2664. 2023/520

Dringliche Schriftliche Anfrage von Claudio Zihlmann (FDP), Thomas Hofstetter (FDP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 08.11.2023:

Möglicher Einsatz von Tasern bei der Stadtpolizei, Verhinderung von Verletzungen sowie von negativen Folgewirkungen für die Mitarbeitenden der Polizei, Risiken eines Tasereinsatzes, mögliche Ausstattung der Mitarbeitenden an der Front mit Tasern nach ähnlichen Kriterien wie bei der Kantonspolizei sowie Anzahl der Schusswaffeneinsätze in den letzten 5 Jahren und deren Folgen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 3617 vom 6. Dezember 2023).

2665. 2023/429

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Claudio Zihlmann (FDP) vom 06.09.2023:

Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen, Einbindung der Stadt in die Planung, Routen für die Bauplätze und den Aushub sowie Lärmbelastung für die Quartiere und Minimierung der Nacharbeiten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3619 vom 6. Dezember 2023).

2666. 2023/441

Schriftliche Anfrage von Deborah Wettstein (FDP) und Përparim Avdili (FDP) vom 13.09.2023:

Initiative «Race to Zero» des World Economic Forum (WEF), Motivation zur Teilnahme an der Initiative, Kostenfolgen, geplante Umsetzungsschritte bis 2030, rechtliche Voraussetzungen und Einbezug des Gemeinderats sowie Konsequenzen bei Nichterreichung der Ziele

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3618 vom 6. Dezember 2023).

2667. 2023/468

**Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Yasmine Bourgeois (FDP)
vom 27.09.2023:**

Durchführung und Finanzierung des Schiffbaufests, Besitzverhältnisse der Schiffbau Immobilien AG, Rolle der Stadt und der Schauspielhaus Zürich AG und Finanzierung des Fests sowie Beurteilung der Konkurrenzierung ehrenamtlich organisierter Quartierveranstaltungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3616 vom 6. Dezember 2023).

2668. 2023/497

**Schriftliche Anfrage von Michele Romagnolo (SVP) und Sebastian Zopfi (SVP)
vom 25.10.2023:**

Eignung der Flexity-Trams für mobilitätseingeschränkte Personen, Prüfung der Trittbreithöhe bei der Einführung, vorgebrachte Beschwerden, Unfälle oder Schäden beim Ein- und Aussteigen und mögliche Massnahmen zur Erleichterung des Zustiegs

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3623 vom 6. Dezember 2023).

Nächste Sitzung: 20. Dezember 2023, 17.00 Uhr